

Argumentarium zu den Vorstössen für die soziale Absicherung in der Plattformökonomie

Motion [18.3937](#): Bessere Absicherung von Selbständigen gegen soziale Risiken ermöglichen, von SR Erich Ettlín,

Motion [18.4080](#): Mehr Parteiautonomie in den Sozialversicherungen, von SR Andrea Caroni,

Parlamentarische Initiative [18.455](#): Selbständigkeit ermöglichen, Parteiwillen berücksichtigen, von NR Jürg Grossen

Weshalb müssen Sie den Vorstössen heute Folge geben

Im Interesse des Wirtschaftsstandortes Schweiz - Wir müssen neu aufkommende Geschäfts- und Arbeitsmodelle ermöglichen, sonst verlieren wir den Anschluss.

Im Interesse eines starken und offenen Arbeitsmarktes - Flexible Arbeitsmodelle bieten - gerade in Krisenzeiten - einen niederschweligen Zugang zum Arbeitsmarkt.

Im Interesse besserer Absicherung - Andere Länder machen vor, dass sich Flexibilität und soziale Absicherung nicht gegenseitig ausschliessen müssen. Die vorliegenden Vorstösse folgen zusammen genau diesem Ansatz.

Im Interesse einer pragmatischen, sanften Weiterentwicklung - Wir dürfen nicht weiter abwarten! Bei den hier vorliegenden Vorstössen handelt es sich um sanfte Weiterentwicklungen der bestehenden Vorgaben.

Was wollen die Vorstösse erreichen?

- Vollzugsbehörden nehmen heute keine Rücksicht auf den Willen eines Individuums oder einer Firma, wenn sie ein Arbeitsverhältnis sozialversicherungsrechtlich beurteilen. Dies ist stossend, denn die **Vertragsfreiheit** ist eines der Grundprinzipien unserer Wirtschaftsverfassung und Basis des wirtschaftlichen Erfolgs der Schweiz.
- Die Nutzerinnen und Nutzer der flexiblen Arbeitsmodelle wünschen Flexibilität. Dieser Wunsch soll künftig von den Behörden **berücksichtigt** werden. Die Motion Caroni sowie die Parl. Iv. Grossen fordern keine radikalen Anpassungen, sondern lediglich eine sanfte Weiterentwicklung und Ergänzung der bestehenden gesetzlichen Regulierungen. Die momentan existierende **gesetzliche Grundlage** bleibt auch künftig **massgebend**. Die Vorstösse ergänzen diese lediglich und schaffen damit **Klarheit bei Grenzfällen**.
- **Flexibilität und soziale Absicherung** schliessen sich heute aus. Die Motion Ettlín will diesbezügliche **Fehlanreize beheben** und damit mehr soziale Absicherung von flexibler Arbeit ermöglichen. Diese Absicherung kommt jenen zugute, die am meisten darauf angewiesen sind.
- Die Erarbeitung dieser Vorstösse fand im Rahmen eines **engen, parteiübergreifenden Austausches** statt. Die parlamentarische Initiative nimmt denn auch die

Kernforderungen der Motion 18.4080 von Andrea Caroni auf. In der Ausarbeitung der parlamentarischen Initiative Grossen soll zudem auch der Aspekt der sozialen Sicherheit, wie er in der Motion von Erich Ettlín gefordert wird, noch verstärkt einfließen.

- Seitens Verwaltung werden seit Jahren Berichte publiziert - konkrete **Massnahmen lassen weiter auf sich warten**. Es ist daher zentral, dass das Parlament nicht nur der Verwaltung einen klaren politischen Auftrag in Form der Motionen erteilt, sondern parallel dazu seine Handlungsfreiheit in Form der Parlamentarischen Initiative wahrt.

Flexible Arbeitsmodelle zulassen - im Interesse des Wirtschaftsstandortes Schweiz

- Neue Arbeitsformen- und Modelle wie die **Plattformökonomie** nehmen in der Arbeitswelt eine **immer wichtigere Rolle** ein. Dementsprechend ist es zentral, dass sich die Schweiz vor diesen Neuerungen nicht verschliesst, sondern die damit aufkommenden Herausforderungen **proaktiv** angeht.
- Die Schweiz als eines der innovativsten Länder weltweit darf hier den **Anschluss nicht verpassen**. Beispiele wie Frankreich zeigen, dass andere Staaten vorwärts machen und dieser Entwicklung Rechnung tragen.
- Diese Arbeitsmodelle funktionieren nur, wenn Flexibilität gewährleistet ist. Die französische Firma [Kaptén](#) (Daimler), hat zum Beispiel die Schweiz wieder verlassen - als Hauptgrund wurde angegeben, dass die Zukunft von flexiblen Arbeitsmodellen in der Schweiz zu **unsicher** sei.
- Dass nicht nur Fahr-Vermittlungsdienste wie Uber oder Kaptén von dieser fehlenden Rechtssicherheit betroffen sind, zeigen die Beispiele von Mila und [Amigos](#). Sowohl die Reparatur- bzw. Service-Plattform wie auch der Lebensmittel-Lieferdienst der Migros stehen vor **ähnlichen Herausforderungen** und sind kurz- bzw. langfristig auf eine moderne Lösung angewiesen. Mittlerweile hat die Migros sogar entschieden, dass sie unter anderem aus diesen Gründen das eigentlich sinnvolle Projekt Amigos nach Abschluss der Testphase nicht mehr weiterführt.

Von flexiblen Arbeitsmodellen profitieren alle - gerade auch Langzeitarbeitslose

- Flexibles Arbeiten ist ein **Bedürfnis!** Eine Umfrage des Link-Institutes unter Uber-Fahrern in der Schweiz zeigt beispielsweise, dass für 93% der Fahrer die zeitliche Flexibilität der Hauptgrund für die Nutzung der App ist. Auch die Zahlen zur App-Nutzung, [welche Uber vorlegt](#), bestätigen dies: Fahrer nutzen die App lediglich während 33 Wochen pro Jahr und 25% der Fahrer nutzen die App während weniger als 10 Stunden pro Woche.
- Das ist verständlich, denn innovative Geschäftsmodelle haben die **Flexibilität** von Dienstleistungserbringern deutlich **erweitert**. Dies ermöglicht Menschen, ihre ausserberuflichen Bedürfnisse und Verpflichtungen und ihren Beruf besser unter einen Hut zu bringen.
- Bis anhin war flexibles Arbeiten nur sehr Wenigen vorbehalten - bspw. den Ärzten, Architekten und Anwälten. Für alle anderen war meist Schichtarbeit das höchste der Gefühle. Dank der neuen Modelle haben plötzlich **alle Zugang zu dieser Flexibilität**.

- Zudem bieten die neuen Arbeitsmodelle einen **niederschweligen Zugang in den Arbeitsmarkt** - für jene, dies es am meisten brauchen. So zeigte die angesprochene Link-Studie, dass 28% der Uber-Fahrer arbeitslos waren, bevor sie Uber-App zu nutzen begannen. 40% davon waren gar während mehr als einem Jahr auf Stellensuche. **Gerade angesichts der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt aufgrund der Corona-Krise ist ein niederschwelliger Zugang zu diesem umso wichtiger.**

Flexibilität und Absicherung müssen sich nicht ausschliessen

- Flexibilität und sozialer Schutz schliessen sich grundsätzlich nicht gegenseitig aus. In der Schweiz ist dies derzeit aber leider der Fall, aufgrund der **konservativen** Praxis der Vollzugsbehörden.
- Je mehr Vorteile eine Plattform ihren Kunden bietet (z.B. Versicherung oder Weiterbildungsmöglichkeiten), desto grösser die Gefahr, dass sie als Arbeitgeber eingestuft wird und ihre Kunden damit die Flexibilität verlieren. Dies ist eine offensichtlich absurde Situation.
- Frankreich macht vor, wie es sein könnte: Dort wurde die sogenannte **“[La charte des travailleurs de plate-forme](#)”** entwickelt. Diese sorgt kurz zusammengefasst dafür, dass Massnahmen von Plattformen, welche ihre Kunden gegen gewisse soziale Risiken absichert oder deren Arbeitsmarktcompatibilität steigert, nicht dazu verwendet werden dürfen, die Plattform als Arbeitgeber zu klassifizieren. Dadurch werden **Fehlanreize vermindert** und soziale Sicherheit ermöglicht. In diese Richtung zielt die Motion Ettlín - ihr Anliegen soll auch in die Ausarbeitung der Parlamentarischen Initiative einfließen.
- Bereits heute bietet zum Beispiel Uber gemeinsam mit der AXA XL das sogenannte **“Partnerschutz-Programm”** an. Damit sind die Fahrer unter anderem gegen Unfälle sowie Dauerinvalidität versichert. Dies ist ein erster Schritt in die richtige Richtung, jedoch braucht es nun auf Gesetzesstufe Anpassungen, damit Dienstleisterinnen und Dienstleistern auf Plattformen weitere Sicherheiten unter Wahrung ihrer Flexibilität gewährleistet werden können.

Nicht weiter abwarten, sondern ersten Schritt machen

- Es ist an der Zeit, dass **ein Schritt vorwärts** gemacht und auch für diese neuen Arbeitsmodelle endlich Rechtssicherheit in Form einer klaren gesetzlichen Regelung geschaffen wird. Momentan folgt vonseiten Verwaltung und Bundesrat lediglich Bericht auf Bericht und nichts Konkretes wird beschlossen.
- Da Bundesrat und Verwaltung nicht vorwärts zu machen scheinen, sondern lediglich Berichte publizieren, sind diese Vorstösse der richtige Weg, um ein klares **politisches Signal** zu senden und das Thema der sozialen Absicherung unter der Wahrung der Flexibilität proaktiv anzugehen. Die parlamentarische Initiative bietet dabei dem Parlament den Spielraum, um rasch eine zukunftsorientierte Lösung zu finden.
- Der Inhalt der Vorstösse ist keine Revolution, sondern lediglich eine **sanfte Weiterentwicklung** der bestehenden Regelungen. Denn die neu hinzukommenden Anpassungen werden nur in Grenzfällen zur Anwendung kommen.